



**Geschäftsführung
Jugendhilfeausschuss**

Frau Lohmann

Telefon: (0221) 221-24954

Fax: (0221) 221-28650

E-Mail: petra.lohmann@stadt-koeln.de

Datum: 11.07.2013

Niederschrift

über die **Sitzung des Jugendhilfeausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 11.06.2013, 14:07 Uhr bis 16:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal (**öffentlicher Teil**)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Dr. Ralf Heinen SPD (ab 15:35 Uhr)

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Gonca Mucuk	SPD
Herr Frank Schneider	SPD
Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Frau Kirsten Jahn	Bündnis 90 / Die Grünen
Frau Gabriele Schlitt	Bündnis 90 / Die Grünen
Frau Sylvia Laufenberg	FDP
Frau Dr. Carolin Butterwegge	Fraktion Die Linke.
Frau Renate Blum-Maurice	Dt. Paritätischer Wohlfahrtsverband (bis 16:05 Uhr)
Frau Monika Kleine	Sozialdienst katholischer Frauen (bis 16:20 Uhr)
Herr Peter Krücker	Caritasverband, auf Vorschlag der CDU
Frau Christine Kupferer	Sportjugend Köln (ab 14:15 Uhr)
Herr Michael van Dawen	SJD Die Falken
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Stellvertretende, stimmberechtigte Mitglieder

Herr Wolfgang Scheiblich Sozialdienst katholischer Männer

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Thomas Weber Pro Köln (bis 15:45 Uhr)

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Zeynep Alraqeb SPD (bis 15:40 Uhr)
Frau Waltraud Blümcke SPD
Herr Armin Dappen Bündnis 90 / Die Grünen
Herr Biber Happe FDP
Herr Oswald Pannes Fraktion Die Linke.
Frau Doris Rost Pro Köln (bis 15:45 Uhr)

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Lyudmyla Beysorina entsandt vom Integrationsrat
Frau Amalie Klein entsandt von der Seniorenvertretung der Stadt Köln (bis 16:05 Uhr)

Vertreter von Trägern der freien Jugendhilfe mit beratender Stimme

Herr Ulrich Bergmann Deutscher Kinderschutzbund
Frau Ruth Differdange Kath. Familienbildungswerk e.V.
Herr Konrad Gilges AK für das ausländische Kind e.V.
Frau Kristin Goetze Kölner Jugendring e.V. (in Vertretung für Frau van Dawen)
Frau Almut Gross Jugendhilfe Köln e.V.
Herr Andreas Hildebrand Kath. Jugendwerke e.V.
Herr Christoph Horstkotte-Löffelholz Kölner Spielewerkstatt e.V.
Frau Marita Bosbach Deutsches Rotes Kreuz (in Vertretung für Herrn Ruda)
Frau Sabine Kruszczyk Diakonisches Werk Köln und Region (in Vertretung für Frau Blümel)
Frau Christiane Lehmann Handwerkerinnenhaus Köln e.V. (in Vertretung für Frau Mahr / Mädchenhaus Köln)
Frau Monika Reisinger Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen e.V. (MCD / HKS)
Herr Hans-Josef Saxler Soziales Zentrum Lino-Club e.V.

Herr Uwe Schäfer-Remmele	Theaterpädagogisches Zentrum e.V.
Herr Wolfgang Schmidt	Kinder- und Familienhilfen Michaelshoven gGmbH
Herr Fabian Stettes	Kath. Jugendwerke e.V.
Frau Regine Walter	Progressiver Eltern- und Erzieherverband e.V.
Herr Bernd Will	Arbeitsgemeinschaft "Offene Tür"
Frau Carmen Wöhler	Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen e.V. (MCD / HKS)
Frau Barbara Zaabe	Deutscher Kinderschutzbund
Herr Dr. Wolfgang Zäschke	Jugendhilfe und Schule e.V. (Nippes Museum)

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein	Dezernentin
Frau Carolin Krause	Leiterin des Amtes für Kinder, Jugend und Familie

Pflichtmitglieder mit beratender Stimme

Frau Dr. Juliane Arnold	Ev. Kirchengemeinde
Frau Marianna Seyda	Synagogen-Gemeinde Köln
Frau Dr. Sabine van Eyck	Gesundheitsverwaltung (in Vertretung für Frau Dr. Bunte)
Herr Pfarrer Werner Völker	Ev. Kirchengemeinde
Herr Josef Zimmermann	Kath. Kirchengemeinde (in Vertretung für Herrn Spitzley)

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlten:

Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk Köln und Region
Frau Anja Daub	Bundesagentur für Arbeit
Herr Thomas Haas	entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Herr Christopher Meier	Bundesagentur für Arbeit
Herr Wolfgang Wirtz	Evangelische Familienbildungsstätte

Da der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Heinen sich verspäten wird, übernimmt bis zu seinem Eintreffen Herr Dr. Schlieben die **Leitung der Sitzung**. Er eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Ausschussmitglieder, die Besucher und die Presse.

Herr Dr. Schlieben begrüßt auch die anwesenden, fachkundigen **Gäste** aus der Verwaltung, die eventuell aufkommende Fragen beantworten können:

- Frau Fohlmeister vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik (zu TOP 3.1),
- Frau Gunia-Hennecken vom Gesundheitsamt (zu TOP 3.3),
- Frau Albrot vom Regionalen Bildungsbüro (zu TOP 3.4),
- Frau Blömacher und Frau Gorklo-Blameuser vom Amt für Schulentwicklung (zu TOP 2.4, 3.4, 5.1.1, 8.1).

Mit dem vorgegebenen Text **verpflichtet** er

- Frau Marita Bosbach (DRK-Kreisverband Köln)
- Herrn Thomas Weber (Fraktion pro Köln).

Der Ausschussvorsitzende macht außerdem aufmerksam auf die ausliegenden **Broschüren**

- Jahresbericht 2012 - Kölner Haus des Jugendrechts
- Studie zum Kölner Rucksackprogramm
- Flyer zur Fachtagung Salafismus in Deutschland
- Flyer zum Kinderkultursommer.

Die Beratungsergebnisse der **vorberatenden Gremien** liegen aus zu den Punkten

- TOP 6.1 (1024/2013)
- TOP 6.2 (1029/2013)
- TOP 6.4 (1066/2013)
- TOP 8.1 (1041/2013)
- TOP 8.2 (0869/2013)
- TOP 8.3 (4241/2013)
- TOP 11.1 (0961/2013)
- TOP 11.2 (1146/2013).

Weiterhin wurden folgende Unterlagen als **Tischvorlage** ausgeteilt:

- TOP 2.2 (1680/2013)
- TOP 2.4 (1651/2013)
- Auszug aus dem Beschlussprotokoll der Bezirksvertretung Chorweiler zu TOP 6.2
- Auszug aus dem Beschlussprotokoll der Bezirksvertretung Mülheim zu TOP 8.2
- Auszug aus dem Beschlussprotokoll des Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales zu TOP 8.3
- Schreiben des Nippes Museum (Jugendhilfe und Schule e.V.) zu TOP 8.3
- TOP 10.1 (1984/2013)

Im Nachgang zur ursprünglich versandten Einladung bittet Herr Dr. Schlieben, noch die Punkte 2.2, 2.3, 2.4, 3.8 bis 3.13, 4.2.1, 6.11, 8.3 und 10.1 auf die **Tagesordnung** aufzunehmen. Der Jugendhilfeausschuss erklärt sich einstimmig hiermit einverstanden.

Dementsprechend ergibt sich folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Persönliche Erklärung nach § 22 GeschO

1 Allgemeines

- 1.1 Benennung der Stimmzähler
- 1.2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen
- 1.3 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen

- 2.1 Erweiterte Öffnungszeiten in Kindertagesstätten
1578/2013
- 2.2 Offene Fragen von Herrn Dr. Schlieben zu TOP 3.9 "Korrigierter Statusbericht zum Ausbau der Kindertagesbetreuung im Kindergartenjahr 2012/13 (Stand: 15.10.12) aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 29.01.13
1680/2013
- 2.3 AN/0296/2013 Armutszuwanderung nach Köln, 1137/2013, Beantwortung weiterer Fragen aus der Sitzung des JHA vom 23.04.2013
1842/2013
- 2.4 Dellbrücker Elterninitiative (JHA-Sitzung vom 23.04.2013, TOP 9.1)
1651/2013

3 Mitteilungen

- 3.1 Arbeitspapier des Deutschen Städtetages zu "Beteiligungskultur in der integrierten Stadtentwicklung"
1319/2013
- 3.2 Bestellung eines neuen beratenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses
1545/2013

- 3.3 Aktueller Sachstand zur Versorgung von Kindern psychisch kranker Eltern in Köln
hier: Anfrage der Ausschussvorsitzenden RM Frau Schmerbach in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 29. Januar 2013
1457/2013
- 3.4 Inklusionsentwicklung an Kölner Schulen: Entwicklung von unterstützenden Angeboten im Regionalen Bildungsbüro für Kölner Schulen auf dem Weg zur Inklusion
1548/2013
- 3.5 Genehmigung der Bezirksregierung Köln zur Einführung des gebundenen Ganztages an der Hauptschule Rendsburger Platz (Mülheim) ab Schuljahr 2013/14
1727/2013
- 3.6 Jahresbericht 2012 - Kölner Haus des Jugendrechts
1682/2013
- 3.7 Rücktritt eines stellvertretenden, stimmberechtigten Mitgliedes aus dem Jugendhilfeausschuss
1621/2013
- 3.8 Köln-Ferienprogramm
1732/2013
- 3.9 Weiterentwicklung von Tageseinrichtungen für Kinder zu Familienzentren
1785/2013
- 3.10 Bestellung eines neuen, beratenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses
1818/2013
- 3.11 Information und Einladung zur Fachtagung "Salafismus in Deutschland: Erscheinungsformen und Ansätze für die Präventionsarbeit im Jugendbereich"
1763/2013
- 3.12 Keine Kurzen für Kurze an Weiberfastnacht 2013
1788/2013
- 3.13 Umsetzung der Vorgaben des Bundes bei "Bildung und Teilhabe";
hier: Ermäßigung des Essensgeldes für Kinder in Kindertageseinrichtungen
1519/2013

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

4.1 Frühere Anträge

4.2 Neue Anträge

4.2.1 Hinweis auf verlängerte Kita-Öffnungszeiten im Anmeldeformular auf städtischer Internetseite
AN/0703/2013

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Frühere Anfragen

5.1.1 Verwendung der nicht verausgabten Mittel für das Bildungspaket 2012
AN/0265/2013

zu 5.1.1 Verwendung der nicht verausgabten Mittel für das Bildungspaket 2012
0867/2013

5.2 Neue Anfragen

6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier:
"TV Rodenkirchen 1898 e.V."
1024/2013

6.2 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier:
"Outline e.V."
1029/2013

6.3 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier:
"Mehr Musik für Kinder e.V."
1563/2013

6.4 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier:
"Nippeser Zwergenburg e.V."
1667/2013

6.5 Verteilung von Haushaltsmitteln aus dem Teilergebnisplan 0604 Kinder und Jugendarbeit im Jahr 2013
hier: Förderung der freien Jugendhilfe (Globalmittel)
1586/2013

- 6.6 Förderung von örtlichen Ferienmaßnahmen für Kinder und Jugendliche - Zuschuss für Ferienhilfswerk, § 16 SGB VIII; Fördermittelvergabe 2013; Teilergebnisplan 0604 Kinder- und Jugendarbeit 1579/2013
- 6.7 Förderung von Ehe-, Lebens- und Erziehungsberatungsstellen und des Brücke Köln e.V. Zuschussvergabe 2013; Teilergebnisplan 0606 Hilfe für junge Menschen und ihre Familien und Teilergebnisplan 0604 Kinder- und Jugendarbeit 1593/2013
- 6.8 Förderung der Mitgliedsverbände im "Ring politischer Jugend" 1542/2013
- 6.9 Zuschussvergabe 2013 aus Mitteln des Teilergebnisplans 0604 Kinder- und Jugendarbeit;
- Förderung kultur- und medienpädagogischer Jugendarbeit mit Kindern und Jugendlichen in Köln;
- Förderung therapeutischer Maßnahmen behinderter Kinder; 1589/2013
- 6.10 Realisierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Betreuungssituation von Kindern im Schulalter.
hier: Zuschüsse für Gruppen "Ganztagsangebote für 10 - 14jährige Schülerinnen und Schüler" für das Schuljahr 2012/2013 1544/2013
- 6.11 Betriebskostenfinanzierung von flankierenden Maßnahmen im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit 2013 1543/2013

7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

- 8.1 Fortführung Schulsozialarbeit ab 2014 1041/2013
- 8.2 Temporärer Bau (Kindertageseinrichtung) Herler Ring, Köln-Buchheim 0869/2013
- 8.3 Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Bestandsaufnahme und Maßnahmen zur Förderung der Integration, der Vielfalt und des interkulturellen Zusammenlebens in Köln 4241/2012

9 Anfragen

I. Öffentlicher Teil

Persönliche Erklärung nach § 22 GeschO

Vor Eintritt in die Tagesordnung erteilt der Sitzungsleiter **Frau Schlitt** das Wort für eine persönliche Erklärung.

Frau Schlitt gibt bekannt, dass sie nach 14-jähriger Tätigkeit als Ratsmitglied ihre Mandate in Rat und Ausschüssen niederlegt. Zwar habe sie ursprünglich bereits nach 10 Jahren aufhören wollen, doch sei sie im Wege der Direktwahl noch eine weitere Periode geblieben. Nun sei es Zeit, sich dem geplanten Sabbatjahr und den damit verbundenen Reisen zu widmen.

Wie auch zu ihren Anfängen, sei sie nun auch in der Zeit ihres Abschiedes mit Schließungen, Kürzungen und Strukturrückgängen konfrontiert. Aus ihrer deswegen oftmals schwierigen Arbeit habe sie insbesondere zwei positive Erfahrungen ziehen können: zum Einen habe sie in kürzester Zeit eine Vielzahl von Angeboten und Trägern kennengelernt, um später über deren Belange mitentscheiden zu können. Zum Anderen habe man es trotz ungünstiger Bedingungen geschafft, durch intensive Gespräche mit der LIGA und vielen weiteren Jugendhilfeträgern den Sozialraumgedanken als eine Innovation nach vorne zu tragen.

Frau Schlitt spricht den Kolleginnen und Kollegen in jugend- und finanzpolitischer Hinsicht Mut zu, sich weiterhin mit viel Freude zu engagieren, neue Aufgaben anzugehen und bedankt sich für die Begleitung in den vergangenen Jahren. Da sie sich vorstellen könne, nach ihrer Rückkehr – wenn auch in anderem Rahmen – wieder im Bereich der Jugendhilfe mitzuwirken, sage sie daher bewusst „Auf Wiedersehen“.

Herr Dr. Schlieben bedankt sich im Namen aller Ausschussmitglieder für die kompetente, streitbare und konstruktive Zusammenarbeit. Sein erster Eindruck von Frau Schlitt habe sich über die Jahre bestätigt: eine beeindruckend versierte Kollegin, die ihre Meinung stets überzeugend zum Ausdruck bringen kann. So habe sie es sogar geschafft, in seiner Zeit als jugendpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion eine Stimmenmehrheit gegen die große Koalition zu erwirken.

Frau Beigeordnete Dr. Klein drückt ebenfalls ihren Dank, auch im Namen der gesamten Jugendverwaltung, aus. Sie habe Frau Schlitt durch konstruktive Fragen, Sachkunde und Einsatz „mit Herzblut“ als belebendes Element der Jugendpolitik kennengelernt und wünscht ihr für die Zukunft alles Gute.

Auch **Frau Jahn** schließt sich dem an und blickt zurück auf eine intensive Zeit, in der sie viel Wissen von ihrer Kollegin mitnehmen konnte. Frau Schlitt habe sie zwar immer wieder „ins kalte Wasser gestoßen“, doch dafür sei sie ihr dankbar, denn dadurch habe sie schnell „Laufen gelernt“.

Abschließend dankt auch **Herr Bergmann** stellvertretend für die im Ausschuss vertretenen freien Träger der Jugendhilfe Frau Schlitt für ihr überragendes Engagement „mit Herz für die Kleinen“.

1 Allgemeines

1.1 Benennung der Stimmzähler

Als Stimmzähler werden für diese Sitzung Frau Jahn, Frau Mucuk und Herr Dr. Helge Schlieben benannt.

1.2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen werden nicht gestellt.

1.3 Gleichstellungsrelevante Themen

Gleichstellungsrelevante Themen werden nicht behandelt.

2 Beantwortung von Anfragen

2.1 Erweiterte Öffnungszeiten in Kindertagesstätten 1578/2013

Diese Beantwortung resultiert aus einer Frage der FDP-Fraktion im Rahmen des TOP 3.7 in der Sitzung 23.04.2013. Sie wird von den Mitgliedern zur Kenntnis genommen.

Frau Laufenberg dankt der Verwaltung, insbesondere Frau Brähler-Haucke (Abteilung Tageseinrichtungen und Tagesbetreuung von Kindern), für die schnelle Klärung. So habe sie kurzfristig eine Email mit entsprechenden Informationen erhalten, die sie direkt an die besorgten Eltern weitergeben können.

Auf Nachfrage von **Frau Dr. Butterwegge** erläutert **Frau Beigeordnete Dr. Klein**, dass bei Einführung der erweiterten Öffnungszeiten die weitere Betreuung durch städtisches Kita-Personal sichergestellt, aber später wegen geringer Nachfrage auf Tagespflegepersonen verlagert worden sei. Der Einsatz von Tagespflegepersonen in diesen Zeiten sei im Vergleich wesentlich günstiger. Sie sagt zu, Frau Dr. Butterwegge entsprechende Nummern von Sessionvorlagen zukommen zu lassen, die konkrete Zahlen hierzu enthalten.

2.2 Offene Fragen von Herrn Dr. Schlieben zu TOP 3.9 "Korrigierter Statusbericht zum Ausbau der Kindertagesbetreuung im Kindergartenjahr 2012/13 (Stand: 15.10.12) aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 29.01.13 1680/2013

Die Beantwortung resultiert aus einer Frage der CDU-Fraktion im Rahmen des TOP 3.9 in der Sitzung 29.01.2013. Sie wird von den Mitgliedern zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Schlieben möchte vor dem Hintergrund dieser Vorlage nun den August 2013 abwarten. Dann könne die Diskussion erneut aufgegriffen werden.

Frau Jahn bittet um Auskunft, aus welchen Gründen die Stadt Köln sich nicht an der von Bund und LVR finanzierten Elternbefragung beteiligt habe.

Bei einer Entscheidung über die Teilnahme müssen Kosten und Nutzen gegenüber gestellt werden, so **Frau Beigeordnete Dr. Klein**. Zwar habe der Bund die Portokosten gestellt, doch wäre der logistische Aufwand für die Stadtverwaltung unverhältnismäßig hoch gewesen und das Endergebnis hätte einen Bedarf abgebildet, der zum Zeitpunkt der Auswertung schon wieder überholt gewesen wäre. Deswegen habe die Jugendverwaltung sich gegen eine Teilnahme entschieden, und anstatt dessen die gesamte Energie und das Personal in die Schaffung von neuen Plätzen gesteckt, da dies wesentlich größeren Nutzen bringe.

Anmerkung: Die vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage ausgeteilte Beantwortung liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 1 bei.

2.3 AN/0296/2013 Armutszuwanderung nach Köln, 1137/2013, Beantwortung weiterer Fragen aus der Sitzung des JHA vom 23.04.2013 1842/2013

Diese Beantwortung resultiert aus Fragen von SPD, Die Linke. und Kölner Jugendring im Rahmen des TOP 3.9 in der Sitzung 23.04.2013. Sie wird von den Mitgliedern zur Kenntnis genommen.

Frau Mucuk erkundigt sich, ob die im letzten Absatz der Beantwortung dargestellte Möglichkeit, die Ärzte über die Kassenärztliche Vereinigung zu informieren, tatsächlich wahrgenommen werde.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

2.4 Dellbrücker Elterninitiative (JHA-Sitzung vom 23.04.2013, TOP 9.1) 1651/2013

Die Beantwortung resultiert aus einer Frage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Rahmen des TOP 9.1 in der Sitzung 23.04.2013. Sie wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

Anmerkung: Die vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage ausgeteilte Beantwortung liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 2 bei.

3 Mitteilungen

3.1 Arbeitspapier des Deutschen Städtetages zu "Beteiligungskultur in der integrierten Stadtentwicklung" 1319/2013

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Pannes würdigt die Vorlage als ein qualifiziertes Papier, das neue Chancen und ein verändertes Rollenverständnis zwischen Politik und Verwaltung verspreche. Es dürfe jedoch aus dem Hinweis auf die Haushaltslage kein „Denkverbot“ resultieren, welches kreative Ansätze im Keim ersticken lasse.

3.2 Bestellung eines neuen beratenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses 1545/2013

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.3 Aktueller Sachstand zur Versorgung von Kindern psychisch kranker Eltern in Köln hier: Anfrage der Ausschussvorsitzenden RM Frau Schmerbach in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 29. Januar 2013 1457/2013

Bei dieser Mitteilung handelt es sich um die Beantwortung einer Frage aus dem Gesundheitsausschuss, welche dem Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis gegeben wird.

Frau Jahn interessiert, ob es Gespräche mit den Krankenkassen gebe, da die Versorgung von derzeit rund 1000 Kindern psychisch kranker Eltern eigentlich ihre Aufgabe sei.

Frau Gunia-Hennecken von der Psychiatrie- und Suchtkoordinationsstelle des Gesundheitsamtes nimmt diesen Vorschlag gerne auf. Bisher seien andere Finanzierungswege besprochen worden.

Aus seiner Tätigkeit als Bundespolizist möchte **Herr Schneider** ein Beispiel anbringen: sein Einsatzteam habe ein minderjähriges, stark alkoholisierendes Mädchen aufgegriffen, das augenscheinlich häufigen Alkoholkonsum gewohnt war. Man habe mehrere Stunden benötigt, um eine Einrichtung zu finden, die das Mädchen aufnehmen wolle. Er bittet um Aufklärung, ob hier eine Lücke in der Hilfe bestehe.

Frau Beigeordnete Dr. Klein weist darauf hin, dass sich die in der Mitteilung beschriebenen Projekte auf die besondere Belastungssituation von Kindern und Jugendlichen mit psychisch erkrankten Eltern konzentrieren. Die Möglichkeiten, alkoholisierte Minderjährige in Obhut zu nehmen, werden durch das Jugendamt koordiniert. In Fällen, in denen – beispielsweise aufgrund eines solchen, übermäßigen Alkoholgenusses

– eine Gesundheitsgefährdung vorliege, müssen selbstverständlich Kliniken und Krankenhäuser tätig werden.

Dies bestätigt **Herr Völlmecke** für die Abteilung Pädagogische und Soziale Dienste. Inobhutnahmen seien durch Aufnahmebereiche der städtischen Einrichtungen sowie der kooperierenden Trägern stets gewährleistet, sofern die Gefahr für die Gesundheit nicht überwiege. Zur Beurteilung solcher Grenzfälle gebe es entsprechende Kooperationsvereinbarungen. Eine Erweiterung des Hilfesystems sei insofern nicht erforderlich.

Herr Schneider bittet darum, eine detaillierte Vorgehensweise für diesen Beispielfall schriftlich dargestellt zu bekommen.

Ergänzend zur Vorlage weist Frau **Blum-Maurice** darauf hin, dass es neben den in der Vorlage beschriebenen noch weitere passende Angebote der freien Träger gebe, die die intensive Nachfrage allerdings auch nicht decken können.

Frau Dr. Butterwegge möchte wissen, welchen Anteil die Zuschüsse des Landschaftsverbandes an der Gesamtfinanzierung ausmachen.

Frau Gunia-Hennecken führt aus, dass neben dem beschriebenen Projekt „KipE“ mit den Fördergeldern das SPZ in Köln Kalk und das Partnerprojekt des LVR unterstützt werden. Leider sei zum jetzigen Zeitpunkt keine Fortsetzung ab Januar 2014 absehbar. Ein ähnliches Projekt der Stiftung Leuchtfener erhalte Fördermittel über die „Aktion Mensch“, ebenfalls bis Ende des Jahres.

3.4 Inklusionsentwicklung an Kölner Schulen: Entwicklung von unterstützenden Angeboten im Regionalen Bildungsbüro für Kölner Schulen auf dem Weg zur Inklusion 1548/2013

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Schlitt wertet das Netzwerk „UNIS“ als eine Reaktion auf das neue Schulgesetz und befürwortet, dass die Verwaltung bereits jetzt aktiv werde. Sie fragt, ob es bereits eine konkrete Vorstellung gebe, wie das Netzwerk arbeiten solle, und wie es von den Regelungen aus dem Inklusionsplan abgrenzbar sei.

Frau Albrot (Regionales Bildungsbüro) erläutert, dass es neben den laut Plan vorgesehenen Inklusionszentren ein regionales, stadtbezirksbezogenes Unterstützungssystem geben solle. Zum Auftakt treffe sich ein Arbeitsgremium bestehend aus circa 60 Mitgliedern von Verwaltung und Schulen. Es müssen hierbei 7 Förderschulregionen, 8 Unterregionen der Regionalen Bildungslandschaft und 9 Stadtbezirke koordiniert werden. Parallelstrukturen wolle man vermeiden.

Ziel sei es auch, *vor Ort* zu erkunden, welche Angebotsform die richtige sei, je nach Entwicklung des Stadtbezirks und der dort vorhandenen Schulen.

Herr Pannes unterstützt diese neuen Impulse und die Arbeit an den Kommunikationsstrukturen. Nun müsse sich die Politik auf Landesebene für eine ausreichende personelle wie materielle Versorgung einsetzen.

**3.5 Genehmigung der Bezirksregierung Köln zur Einführung des gebundenen Ganztages an der Hauptschule Rendsburger Platz (Mülheim) ab Schuljahr 2013/14
1727/2013**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.6 Jahresbericht 2012 - Kölner Haus des Jugendrechts
1682/2013**

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Der Bericht sei gut zu lesen, findet **Herr Schneider**. Die Reduzierung der durchschnittlichen Verfahrensdauer im Intensivtäterprogramm des Kriminalkommissariats von 42,9 auf 33,3 Tage sei einer der Schlüsselpunkte des Erfolgs. Für die Zukunft wünsche er sich mehr Details zur Rückfallquote.

**3.7 Rücktritt eines stellvertretenden, stimmberechtigten Mitgliedes aus dem Jugendhilfeausschuss
1621/2013**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.8 Köln-Ferienprogramm
1732/2013**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.9 Weiterentwicklung von Tageseinrichtungen für Kinder zu Familienzentren
1785/2013**

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Jahn zeigt sich erfreut über die neuen Familienzentren und möchte wissen, ob die Entscheidung über die örtliche Verteilung auf Grundlage des Sozialindex gefallen sei.

Frau Beigeordnete Dr. Klein antwortet, dass die Auswahl gemeinsam mit den freien Trägern im AK80 erarbeitet worden sei.

Familienzentren arbeiten meist in Netzwerken, erklärt **Herr Krücker**. Durch diese Netzstruktur gebe es inzwischen eine derart gute Versorgung, dass nicht mehr nur sozial benachteiligte, sondern auch sozial besser gestellte Stadtbezirke neue Familienzentren bekommen können.

Herr Pfeuffer (Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung) fügt hinzu, dass die vom Land fließenden Gelder auf Basis der Sozialraumplanung zugeteilt werden. Für die angesprochenen Einrichtungen bestehe jedoch kein Zwang, ein Famili-

enzentrum zu werden. Mittlerweile existieren 98 Familienzentren, davon weit über die Hälfte in den Stadtteilen mit erhöhtem Hilfebedarf. Damit sei Köln sehr gut aufgestellt: im Landesvergleich seien es durchschnittlich nur 10 %.

**3.10 Bestellung eines neuen, beratenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses
1818/2013**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.11 Information und Einladung zur Fachtagung "Salafismus in Deutschland: Erscheinungsformen und Ansätze für die Präventionsarbeit im Jugendbereich"
1763/2013**

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr van Dawen mahnt zur Vorsicht, da der Verfassungsschutz der Bundesrepublik an dieser Veranstaltung teilnehme, der nicht belegen müsse, woher er seine Inhalte habe.

Frau Rost merkt an, dass auch andere Vereinigungen, wie die islamische Bewegung „Milli Görüş“ und die rechtsextreme Sparte der türkischen Partei MHP („Graue Wölfe“), zum Salafismus gehören und bei derartigen Diskussionen nicht außer Acht gelassen werden dürfen.

**3.12 Keine Kurzen für Kurze an Weiberfastnacht 2013
1788/2013**

Bei dieser Mitteilung handelt es sich um die Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus dem Gesundheitsausschuss, welche dem Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis gegeben wird.

Frau Jahn erkundigt sich nach einer Weiterfinanzierung bzw. Erweiterung des Projektes „HaLt“, gegebenenfalls mithilfe der Krankenkassen. Ein sozialpädagogisches Eingreifen sei wichtig, wenn Jugendliche und Kinder wegen Alkoholmissbrauchs ins Krankenhaus eingeliefert werden müssen.

Im Namen der Jugendverwaltung (Abteilung Kinderinteressen und Jugendförderung) weist **Frau John** auf eine dauerhafte Kooperation mit der AOK Gesundheitskasse hin, welche finanzielle Mittel zusteure. Zwar reichen diese nicht aus, das Projekt zu erweitern, doch die Fortführung in der Kinderklinik Amsterdamer Str. sei gesichert.

**3.13 Umsetzung der Vorgaben des Bundes bei "Bildung und Teilhabe"; hier: Ermäßigung des Essensgeldes für Kinder in Kindertageseinrichtungen
1519/2013**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

4.1 Frühere Anträge

Frühere Anträge sind nicht vorhanden.

4.2 Neue Anträge

4.2.1 Hinweis auf verlängerte Kita-Öffnungszeiten im Anmeldeformular auf städtischer Internetseite AN/0703/2013

Frau Mucuk weist zur Untermauerung des Antrages darauf hin, dass die Randzeitenbetreuung schon einmal zurückgefahren werden musste, da sie in der Vergangenheit nicht ausreichend in Anspruch genommen worden sei. Die Annahme verbessere sich, wenn Eltern über die ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten informiert seien.

Die Ausweitung dürfe dabei nicht durch Stammpersonal, sondern – wie vereinbart – durch zusätzliche Tagespflegepersonen realisiert werden.

Herr Dr. Schlieben stimmt im Namen der CDU-Fraktion zu. Transparenz sei eine Selbstverständlichkeit.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, die Randzeitenbetreuung in den städtischen Kindertagesstätten stärker zu bewerben und den Eltern bekannt zu machen. Das kann etwa durch die Darstellung der verlängerten Öffnungszeiten der Kitas auf der städtischer Internetseite und dem Online-Anmeldeformular (Vormerkung eines Kindergartenplatzes) und einen separaten Hinweis in den Kitas erreicht werden.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Köln (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF Köln (1), Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Herr Dr. Heinen (SPD-Fraktion) war weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Frühere Anfragen

5.1.1 Verwendung der nicht verausgabten Mittel für das Bildungspaket 2012 AN/0265/2013

zu 5.1.1 Verwendung der nicht verausgabten Mittel für das Bildungspaket 2012 0867/2013

Die Anfrage der Fraktion Die Linke. vom 26.02.2013 und deren Beantwortung werden zur Kenntnis genommen.

Frau Dr. Butterwegge fragt, wann mit einer Einigung zu rechnen sei, da die großen, in Rede stehenden Summen eine ungewisse Situation mit sich bringen.

Frau Blömacher (Geschäftsstelle Bildungspaket) schickt voraus, dass die Landesregierung sich dafür einsetze, dass die nicht verausgabten Mittel zurückgezahlt oder mit den Mitteln des Folgejahres verrechnet werden müssen. Zwar sei die prozentuelle Anpassung im Gesetz geregelt, eine Rückzahlung jedoch nicht. Eine Entscheidung des Bundes werde für Herbst erwartet.

Frau Blömacher möchte die dargestellten Zahlen aktualisieren: gemeldet wurden 9,78 Millionen Euro als über den Bund finanzierbare Mittel für 2012. Obwohl Wohngeld- und Kinderzuschlagsempfänger die Möglichkeit haben, 4 Jahre rückwirkend Anträge zu stellen, werde die Stadtverwaltung auf eine vollauskömmliche Finanzierung hinarbeiten. Dies bedeutet, dass im Falle einer Rückzahlung oder Verrechnung der nicht verausgabten Mittel die Ausgaben, die aufgrund rückwirkender Anträge auflaufen, wiederum beim Bund beantragt werden.

Bei dieser Gelegenheit geht Frau Blömacher abschließend auf die Frage Frau Laufenbergs aus der letzten Sitzung ein: Regiemittel der Schulsozialarbeit werden eingesetzt für die fachliche Begleitung der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter. Darunter fallen unter Anderem Supervision, Fortbildung und Einsatz von Fachbetreuungspersonal.

5.2 Neue Anfragen

Neue, schriftliche Anfragen wurden im Vorfeld der Sitzung nicht eingereicht.

6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "TV Rodenkirchen 1898 e.V." 1024/2013

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den „Turnverein Rodenkirchen 1898 e.V.“, Weißer Str. 67, 50996 Köln, als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Köln (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF Köln (1), Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Herr Dr. Heinen (SPD-Fraktion) war weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

6.2 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "Outline e.V." 1029/2013

Herr Dr. Schlieben weist auf den geänderten Beschluss der Bezirksvertretung Chorweiler hin, wonach die Bezirksvertretung Nippes in die Beratungsfolge aufgenommen werden soll, und wirft die Frage auf, ob der Beschluss des Jugendhilfeausschusses entsprechend verschoben werden sollte.

Herr Schneider schlägt vor, anstatt dessen einen Zustimmungsvorbehalt in den Beschluss aufzunehmen. Der Ausschuss erklärt sich hiermit einverstanden und Herr Dr. Schlieben stellt die Vorlage dementsprechend zur Entscheidung.

Geänderter Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den Verein „Outline e.V.“ – Verein zur Förderung urbaner Jugendkultur, Sitz: Niehler Str. 82, 50733 Köln, vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksvertretung Nippes als

Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 Absatz 1 SGB VIII anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Köln (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF Köln (1), Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Herr Dr. Heinen (SPD-Fraktion) war weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

Der vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage ausgeteilte Auszug aus dem Beschlussprotokoll der Bezirksvertretung 6 (Chorweiler) zu dieser Vorlage liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 3 bei.

**6.3 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII;
hier: "Mehr Musik für Kinder e.V."
1563/2013**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den Verein „Mehr Musik für Kinder e.V.“, Sachsenring 32, 50677 Köln als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 Absatz 1 SGB VIII anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Köln (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF Köln (1), Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Herr Dr. Heinen (SPD-Fraktion) war weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

**6.4 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII;
hier: "Nippeser Zwergenburg e.V."
1667/2013**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den Verein „Nippeser Zwergenburg e.V.“, Neusser Str. 336-338, 50733 Köln, gemäß § 75 Absatz 1 SGB VIII als Träger der freien Jugendhilfe anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

- 13 Zustimmungen: SPD-Fraktion (1), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Köln (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF Köln (1), Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Frau Mucuk und Herr Dr. Heinen (beide SPD-Fraktion) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

**6.5 Verteilung von Haushaltsmitteln aus dem Teilergebnisplan 0604 Kinder und Jugendarbeit im Jahr 2013
hier: Förderung der freien Jugendhilfe (Globalmittel)
1586/2013**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, die im Haushaltsjahr 2013 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Höhe von 740.900 Euro wie folgt zu gewähren.

Spitzenverband	Zuschussbetrag
Arbeiterwohlfahrt	121.559,09 Euro
Caritasverband	346.532,01 Euro
Diakonisches Werk	127.740,92 Euro
Der Paritätische	125.607,50 Euro
<u>Deutsches Rotes Kreuz</u>	<u>19.460,48 Euro</u>
Summe	740.900,00 Euro

Im Haushaltsjahr 2013 stehen im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) entsprechende Mittel zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

- 9 Zustimmungen: SPD-Fraktion (1), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), SJD Die Falken (1), Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Frau Mucuk und Herr Dr. Heinen (beide SPD-Fraktion) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

Frau Blum-Maurice (Der Paritätische), Frau Kleine (SKF Köln), Herr Krücker (Caritasverband Köln) und Frau Volland-Dörmann (AWO Köln) haben weder an der Beratung, noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teilgenommen (Befangenheit).

6.6 Förderung von örtlichen Ferienmaßnahmen für Kinder und Jugendliche - Zuschuss für Ferienhilfswerk, § 16 SGB VIII; Fördermittelvergabe 2013; Teilergebnisplan 0604 Kinder- und Jugendarbeit 1579/2013

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, die im Haushaltsjahr 2013 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel an die Träger des Ferienhilfswerks zur Durchführung von:

- Örtlichen Ferienmaßnahmen für Kinder und Jugendliche in Höhe von 329.437,50 Euro gemäß Anlage 1
- Örtlichen Ferienmaßnahmen für Jugendliche in Jugendcamps in Höhe von 29.562,50 Euro gemäß Anlage 2

zu gewähren.

Er beschließt ferner die Ergänzung der „Richtlinie über die Förderung von ganztägigen örtlichen Ferienmaßnahmen und Jugendcamps aus der Position Ferienhilfswerk“ um folgenden Passus:

„Soll die Maßnahme mit einer Übernachtung abgeschlossen werden, wird die Übernachtung wie ein Tag gefördert. (Gilt auch für Jugendcamps, wenn diese analog der Stadtranderholungen durchgeführt werden).“

Die Neufassung der Richtlinie ist als Anlage 3 beigefügt.

Im Haushaltsjahr 2013 stehen entsprechende Mittel im Teilergebnisplan 0604 Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

- 11 Zustimmungen: SPD-Fraktion (1), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), Caritasverband (1), SJD Die Falken (1), SKF Köln (1), Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Frau Mucuk und Herr Dr. Heinen (beide SPD-Fraktion) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

Frau Blum-Maurice (Der Paritätische) und Frau Volland-Dörmann (AWO Köln) haben weder an der Beratung, noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teilgenommen (Befangenheit).

Die Anlagen 1 bis 3 liegen der Niederschrift nicht nochmals bei.

**6.7 Förderung von Ehe-, Lebens- und Erziehungsberatungsstellen und des Brücke Köln e.V.
Zuschussvergabe 2013; Teilergebnisplan 0606 Hilfe für junge Menschen und ihre Familien und Teilergebnisplan 0604 Kinder- und Jugendarbeit 1593/2013**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, die im Haushaltsjahr 2013 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel an die gemäß Anlagen 1 und 2 aufgeführten Träger wie folgt zu gewähren:

1. Zuschüsse in Höhe von insgesamt 1.784.700 Euro aus Teilergebnisplan 0606 an die gemäß Anlage 1 aufgeführten Ehe-, Lebens-, Erziehungs- und sonstige Beratungsstellen auf der Grundlage der zwischen der Jugendverwaltung und den Trägern geschlossenen Vereinbarungen inklusive begleitetem Umgang für gerichtlich angeordnete Besuchskontakte, sowie Förderung des Projektes „geschützter Umgang“ des „Sozialdienst Katholischer Frauen e.V.“,
2. Ein Zuschuss in Höhe von 203.700 Euro aus Teilergebnisplan 0606 zur Betreuung von Jugendlichen in der nachgehenden Jugendgerichtshilfe; §§ 2, 52 SGB VIII an den Brücke Köln e.V. in Form einer Betriebskostenförderung (Anlage 2)
3. Ein Zuschuss in Höhe von 51.300 Euro aus Teilergebnisplan 0604 an den Brücke Köln e.V. zur Förderung zusätzlicher Personalkosten im Rahmen der Durchführung von Diversionsmaßnahmen aus dem Maßnahmenprogramm gegen Jugendkriminalität (Anlage 2)

Im Haushaltsjahr 2013 stehen Mittel im Teilergebnisplan 0606, Hilfe für junge Menschen und ihre Familien, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) in Höhe von 1.988.400 Euro und im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) in Höhe von 51.300 Euro zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

- 10 Zustimmungen: SPD-Fraktion (1), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Köln (1), SJD Die Falken (1), Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Frau Mucuk und Herr Dr. Heinen (beide SPD-Fraktion) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

Frau Blum-Maurice (Der Paritätische), Frau Kleine (SKF Köln) und Herr Krücker (Caritasverband) haben weder an der Beratung, noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teilgenommen (Befangenheit).

Die Anlagen 1 und 2 liegen der Niederschrift nicht nochmals bei.

**6.8 Förderung der Mitgliedsverbände im "Ring politischer Jugend"
1542/2013**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss –Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie- beschließt für das Jahr 2013 die Mitgliedsverbände im „Ring politischer Jugend Köln“ für ihre politische Jugendarbeit zu fördern.

Die Verteilung der Fördermittel für die politische Jugendarbeit soll auf Grundlage der Antragstellung sowie der im Jahre 2013 zur Verfügung stehenden Fördermittel wie folgt vorgenommen werden.

1. Jungsozialisten	6.845,44 Euro
2. Junge Union	6.850,36 Euro
3. Jungliberale	2.141,91 Euro
4. Junge Linke	760,83 Euro
<u>5. Grüne Jugend</u>	<u>3.201,46 Euro</u>
Summe	19.800,00 Euro

Für 2013 stehen im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen), entsprechende Mittel in Höhe von 19.800 Euro zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

- 11 Zustimmungen: SPD-Fraktion (1), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), Caritasverband (1) SJD Die Falken (1),

- SKF Köln (1) Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- 2 Enthaltungen: AWO Köln (1), Der Paritätische (1)

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Frau Mucuk und Herr Dr. Heinen (beide SPD-Fraktion) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

- 6.9 Zuschussvergabe 2013 aus Mitteln des Teilergebnisplans 0604 Kinder- und Jugendarbeit;**
- Förderung kultur- und medienpädagogischer Jugendarbeit mit Kindern und Jugendlichen in Köln;
 - Förderung therapeutischer Maßnahmen behinderter Kinder;
- 1589/2013**

Herr Pannes weist darauf hin, dass trotz der mit diesem Beschluss zu vergebenden Beträge überall in diesem Bereich Gelder fehlen, und es an der Politik sei, auf eine Verbesserung der übergeordneten Finanzstruktur hinzuarbeiten.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, die im Haushaltsjahr 2013 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Höhe von 533.300,00 Euro an die Träger gemäß Anlagen 1 und 2 zur Förderung der aufgeführten Maßnahmen wie folgt zu gewähren:

1. Förderung kultur- und medienpädagogischer Jugendarbeit mit Kindern und Jugendlichen unter Berücksichtigung von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen in Köln an die gemäß Anlage 1 aufgeführten Träger in Höhe von insgesamt 526.100 Euro;
2. Förderung von therapeutischen Maßnahmen für behinderte Kinder und Jugendliche an die gemäß Anlage 2 aufgeführten Träger in Höhe von insgesamt 7.200 Euro.

Im Haushaltsjahr 2013 stehen im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) entsprechende Mittel zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

- 12 Zustimmungen: SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF Köln (1), Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Herr Dr. Heinen (SPD-Fraktion) war weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

Frau Volland-Dörmann (AWO Köln) und Herr Krücker (Caritasverband) haben weder an der Beratung, noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teilgenommen (Befangenheit).

Die Anlagen 1 und 2 liegen der Niederschrift nicht nochmals bei.

**6.10 Realisierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Betreuungssituation von Kindern im Schulalter.
hier: Zuschüsse für Gruppen "Ganztagsangebote für 10 - 14jährige Schülerinnen und Schüler" für das Schuljahr 2012/2013
1544/2013**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss, - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie- beschließt die Zuschüsse für die in der Anlage 1 genannten Träger in Höhe von 745.038,06 Euro für die Durchführung von Ganztagsangeboten im 2. Schulhalbjahr 2012/2013 (01.01.2013 – 31.07.2013) zu gewähren.

Für 2013 stehen im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen), entsprechende Mittel zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

- 12 Zustimmungen: SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF Köln (1), Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Herr Dr. Heinen (SPD-Fraktion) war weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

Frau Volland-Dörmann (AWO Köln) und Herr Krücker (Caritasverband) haben weder an der Beratung, noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teilgenommen (Befangenheit).

Die Anlage 1 liegt der Niederschrift nicht nochmals bei.

**6.11 Betriebskostenfinanzierung von flankierenden Maßnahmen im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit 2013
1543/2013**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt für das Jahr 2013, die im Teilergebnisplan 0604, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen, Kinder- und Jugendarbeit, zur Verfügung stehenden Mittel zur Finanzierung der Personal- und Sachkosten für die Kurs- und Projektangebote zur Berufsfindung wie folgt zu gewähren:

Träger:	Einrichtung:	Betrag:
Drogenhilfe Köln e.V.	JWE Krefelder Str.	147.263,16 Euro
Jugendfreizeitwerk Köln e.V.	JWE Chorweiler	164.446,81 Euro
Haus der offenen Tür Porz e.V.	JWE Brüsseler Str.	87.266,12 Euro
Internationaler Bund Soziale Dienste	Beratungsstellen	370.370,23 Euro
Internationaler Bund Soziale Dienste	JWE Rothenburger Str.	192.043,80 Euro
JWK gGmbH Jugendwerk Köln	JWE Klettenberg	107.270,13 Euro
Jugendhilfe Köln e.V.	JWE Bez. 4, 8, 9	753.347,55 Euro
Netzwerk e.V. Soziale Dienste	JWE Nippes	184.183,78 Euro
Handwerkerinnenhaus Köln e.V	JWE Kempener Str.	44.700,00 Euro

Gesamtsumme **2.050.891,58 Euro**

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Köln (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF Köln (1), Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Herr Dr. Heinen (SPD-Fraktion) war weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

Es werden keine Empfehlungen an andere Ausschüsse oder Bezirksvertretungen ausgesprochen.

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

8.1 Fortführung Schulsozialarbeit ab 2014 1041/2013

Frau Volland-Dörmann dankt der Verwaltung für ihren Einsatz zur Überbrückung der seitens des Bundes ungeklärten Situation. Sie appelliert an die Mitglieder aller Fraktionen, noch *vor* der Bundestagswahl *überparteilich* eine Lösung zu finden, um der Bevölkerung zu signalisieren, wie wertvoll die Arbeit der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sei.

Dem schließt sich **Herr Dr. Schlieben** an, ebenso wie **Frau Jahn**. Sie erkundigt sich in diesem Zusammenhang nach möglichen arbeitsrechtlichen Konsequenzen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein beruhigt dahingehend, dass die Beschlussvorlage vom Personal- und Organisationsamt mitgezeichnet wurde und damit arbeitsrechtlich unbedenklich sei. Derzeit seien Finanzmittel bis Dezember 2013 bewilligt, hier werde nun die Fortführung bis zum Schuljahresende (31.07.2014) beschlossen – bei Wegfall der Bundesmittel im Wege einer Finanzierung über den städtischen Jugendetat. Mit einem halben Jahr Verlängerung ergebe sich kein arbeitsrechtlicher Konflikt. Es könne sich allerdings die Problematik von Kettenverträgen ergeben, wenn der Bund weiterhin nur Jahr für Jahr bewillige.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt, die gemäß seines Beschlusses vom 13.10.2011 (Vorlagen-Nr. 3812/2011) befristet bis zum 31.12.2013 zugesetzten 93,67 Stellen Schulsozialarbeit - entsprechend seiner Resolution vom 18.12.2012 - ab 01.01.2014 unbefristet fortzuführen. Diese Stellen setzen sich aus 31 städtischen Stellen und 62,67 Stellen in freier Trägerschaft zusammen. Diese unbefristete Bereitstellung steht unter dem Vorbehalt deren voll umfänglicher Finanzierung durch den Bund im Rahmen der Bezuschussung der Kosten der Unterkunft für die Schulsozialarbeit im Bildungs- und Teilhabepaket. Die Finanzierung der Kosten dieser Maßnahme in Höhe von 5.701.000,-- Euro erfolgt in 2014 nach vollständiger Refinanzierung durch den Bund in Höhe von 8.188.700,-- Euro im Rahmen der Bewirtschaftung im Teilergebnisplan 0604 - Kinder- und Jugendarbeit. Ein Restbetrag in Höhe von 2.487.700,-- Euro wird zur teilweisen Refinanzierung des Personal- und Sachaufwandes der bereits unbefristet bestehenden Schulsozialarbeiterstellen in städtischer und freier Trägerschaft verwendet (s. Anlage1).
2. Für den Fall, dass der Bund die Fortführung der Finanzierung nicht beschließt bzw. keine zeitnahe Entscheidung herbeiführt, beschließt der Rat der Stadt Köln die Fortführung der im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes in 2011 neu zugesetzten Stellen bis zum Ende des Schuljahres 2013/2014 am 31.07.2014.

Die dazu notwendige Finanzierung der Personal- und Sachkosten für städtisches Personal sowie die Transferaufwendungen für die Beschäftigung von Schulsozialarbeitern durch freie Träger in Höhe von 3.325.600,-- (siehe Anlage 2) wird dann in 2014 im Teilergebnisplan 0604 – Kinder- und Jugendarbeit – im Rahmen der Bewirtschaftung durch übertragene Restmittel aus Vorjahren sichergestellt.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Köln (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF Köln (1), Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Herr Dr. Heinen (SPD-Fraktion) war weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

Anmerkung: Die Anlagen 1 und 2 liegen der Niederschrift nicht nochmals bei.

8.2 Temporärer Bau (Kindertageseinrichtung) Herler Ring, Köln-Buchheim 0869/2013

Herr Dr. Schlieben fragt nach der Position der Verwaltung zu dem Beschluss der Bezirksvertretung 9 (Mülheim), die die Vorlage *geändert* beschlossen habe. Die Verwaltung wird darin beauftragt, zu prüfen, ob nach Schließung der temporären Einrichtung an selber Stelle eine dauerhafte Einrichtung errichtet werden könne.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erläutert, dass man hier differenziert vorgehen solle. Die erforderliche baurechtliche Genehmigung für die temporäre Einrichtung liege bereits vor, während sie für eine dauerhafte Bebauung noch beantragt werden müsse. Um die Inbetriebnahme des temporären Baus nicht unnötig hinauszuzögern, empfehle sie, den Beschluss über den temporären Bau *ungeändert* zu beschließen, und gleichzeitig einen Prüfauftrag auf den Weg zu geben.

Der Ausschuss erklärt sich hiermit einverstanden und die Verwaltung sagt zu, den Prüfauftrag an die zuständigen Stellen weiterzuleiten.

Herr Krücker erkundigt sich vor dem Hintergrund dieser Entscheidung, ob sich die Grundsatzhaltung geändert habe, wonach neue Einrichtungen im Zuge des Betreuungsplatzausbaus vorrangig in die Trägerschaft freier Träger gegeben werden.

Dies verneint **Frau Beigeordnete Dr. Klein**. Die Kita am Herler Ring befinde sich in städtischer Trägerschaft, da der ursprünglich vorgesehene Träger sein Angebot zurückgezogen habe und die Stadt subsidiär eingesprungen sei.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt die temporäre Kindertageseinrichtung Herler Ring als eigenständige Einrichtung in städtischer Trägerschaft weiter zu führen.

Die zum ordnungsgemäßen Betrieb erforderlichen Stellen sind zur Verfügung zu stellen.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 114.400 Euro zur Beschaffung der Erstausrüstungen aus dem Teilfinanzplan 0603, Kindertagesbetreuung bei Finanzstelle 5100-0603-0-1000, Kindergartenprogramm (U3), Teilplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen im Haushaltsjahr 2013 im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gem. § 82 GO.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Köln (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF Köln (1), Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Herr Dr. Heinen (SPD-Fraktion) war weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

Anmerkung: Der vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage ausgeteilte Auszug aus dem Beschlussprotokoll der Bezirksvertretung 9 (Mülheim) zu dieser Vorlage liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 4 bei.

**8.3 Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Bestandsaufnahme und Maßnahmen zur Förderung der Integration, der Vielfalt und des interkulturellen Zusammenlebens in Köln
4241/2012**

Frau Mucuk teilt mit, dass diese Vorlage aufgrund ihres Umfangs, ihrer Wichtigkeit und wegen der zu kurzfristigen Vorlage im Integrationsrat vertagt wurde. Es werde dazu eine Sondersitzung einberufen.

Grundsätzlich dankt sie für dieses gelungene Werk, in dem sichtlich viel Arbeit stecke. Sie stellt die Frage in den Raum, warum in dem seit Anfang 2011 ausgearbeiteten Papier trotz fortgeschrittener Zeit zu vielen Punkten noch immer vertröstet werde („Wird zu einem späteren Zeitpunkt bearbeitet“).

Herr Zschke lobt wesentliche Verbesserungen in der neuen Version des interkulturellen Maßnahmenprogramms, insbesondere die transparentere Darstellung von fachlicher Zuordnung und Finanzierung. Auch viele Diskussionspunkte aus der Praxis der freien Träger seien miteingeflossen. Er rege jedoch an, die Selbststeuerung und Leitung klar zu regeln.

Zu weiteren Fragen verweist er auf das als Tischvorlage verteilte Schreiben der Jugendhilfe und Schule e.V. und bittet um deren Beantwortung.

Da einige Entscheidungen aufgrund der Landesvorgaben bis Ende Juli getroffen werden müssen, rate er davon ab, den anstehenden Beschluss zu vertagen.

Herr Pfarrer Völker entnimmt dem Bericht, dass 47 % der vierjährigen Kinder mit Migrationshintergrund laut „Delfintest“ Sprachdefizite haben. Diese Zahl halbiere sich jedes Jahr, so dass bei Schuleintritt immer noch bei 12 % Förderbedarf existiere. Hier bestehe dringender Handlungsbedarf. Nach langen und vielen Diskussionen müssen nun prioritär in diesem Bereich Maßnahmen ergriffen werden, wie beispielsweise einer gezielten Sprachförderung bereits im Kindergartenalter.

Wie auch die Mitglieder des Integrationsrates wünscht sich **Herr Pannes** mehr Zeit, das Maßnahmenprogramm in seiner ganzen Fülle durchzuarbeiten und plädiert dafür, weitere Diskussionmöglichkeiten zu schaffen.

Frau Jahn favorisiert einen Beschluss, wie er im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales getroffen wurde (Verweis ohne Votum), insbesondere wegen der fehlenden Priorisierungsliste.

Auch **Herr Krücker** vermisst im vorliegenden Handlungskatalog jedwede Priorisierung beziehungsweise Bewertung der einzelnen Vorschläge und hält die Vorlage damit für nicht beschließbar.

Herr Dr. Schlieben sieht einen Widerspruch zwischen dem Beschluss laut Vorlage und Punkt 1 des AVR-Beschlusses, und bittet die Verwaltung um Stellungnahme.

Frau Laufenberg kommt auf die schriftlich eingereichten Fragen Herrn Zschkes zurück und bittet die Verwaltung, diese bis zur angekündigten Sondersitzung des Integrationsrates zu beantworten.

Einen neuen Auftrag an die Verwaltung zu erteilen und den Beschluss zu vertagen, hält **Frau Volland-Dörmann** für problematisch. So fordere man eine Fleißarbeit, die aufgrund der ständigen Änderungen in diesem Bereich ebenfalls wieder veraltete Programme abbilde.

Integration sei - wie auch Inklusion - eine Querschnittsaufgabe. Dies sei in dem vorliegenden Papier nicht durchgängig wiederzufinden. So werden Familienzentren beispielsweise nicht mehr exklusiv, sondern integrativ betrachtet und können damit im Grunde nicht mehr gesondert bewertet werden.

Mit einer solchen Sammlung von Projekten müsse man nun konstruktiv umgehen, anstatt sie wieder und wieder überarbeiten zu lassen. Es müsse demnach eine politische Debatte geführt werden, um eine jugendpolitische Strategie zu diesem Thema zu entwickeln, die dann einen *Orientierungsrahmen* für die Verwaltung bilde. Nur so könne Integration gelingen.

Auch **Frau Beigeordnete Dr. Klein** ermutigt, den Beschluss wie vorgeschlagen zu treffen, da ein weiterer Aufschieb nicht zielführend sei. Mit Beschluss nehme der Aus-

schuss den Maßnahmenkatalog zur Kenntnis, der dann als Planungsgrundlage eingesetzt werde. Damit schließe man *nicht* aus, dass durch neuen Beschluss Projekte angepasst, verbessert oder neue Maßnahmen ins Leben gerufen werden.

Priorisierungen vorzunehmen, sei an vielen Stellen ohnehin nur schwer möglich. Wie könne etwa festgelegt werden, ob eine Förderung im Kita-Bereich wichtiger sei als im Grundschulbereich?

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Das „Interkulturelle Maßnahmenprogramm“ wird als auftragsgemäße Bestandsaufnahme der aktuell bestehenden integrativen Arbeit im Bereich Migration in Köln zur Kenntnis genommen.

Für die Umsetzung neuer Maßnahmen, die mit der Zusetzung von Personal oder Finanzmitteln verbunden sind, sind gesonderte Entscheidungen der zuständigen politischen Gremien herbeizuführen.

Es gilt der grundsätzliche Vorbehalt der Finanzierbarkeit bei der weiteren Durchführung aller dargestellten Maßnahmen sowie der geplanten regelmäßigen Aktualisierung und Fortschreibung des ‚Interkulturellen Maßnahmenprogramms‘.

Mit der Kenntnisnahme des Rates ist die Erwartung an die Verwaltung verbunden, das Maßnahmenprogramm als Planungsgrundlage zu nutzen, um für das Handlungsfeld Integration im Rahmen der jeweils vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen geeignete Maßnahmen fortzuschreiben und weiterzuentwickeln.

Damit ist verbunden,

- die laufenden Maßnahmen innerhalb der Fachressorts regelmäßig hinsichtlich ihrer integrationsspezifischen Relevanz und Wirksamkeit zu überprüfen,
- die Vorschläge für neue Maßnahmen hinsichtlich der Relevanz und Umsetzungsmöglichkeiten zu bewerten,
- Kennzahlen zur Messung der Wirksamkeit aller durchgeführten Maßnahmen zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Köln (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF Köln (1), Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage ausgeteilte Auszug aus der Niederschrift des Integrationsrates zu dieser Vorlage liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 5, der Auszug aus dem Beschlussprotokoll des Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales als Anlage 6 und das Schreiben des Jugendhilfe und Schule e.V. als Anlage 7 bei.

9 Anfragen

9.1

Herr van Dawen möchte wissen, inwieweit die Verwaltung hinsichtlich der weiteren Vorgehensweise instruiert wurde, nachdem Herr Oberbürgermeister Roters das Autonome Zentrum zu einer „Herzensangelegenheit“ erklärt habe.

Er sieht das „AZ“ (<http://az-koeln.org/>) als selbstorganisiertes, kulturelles Zentrum für Jugendliche und junge Erwachsene, die sich im Sinne der Demokratie politisch engagieren. Mit der gelebten Toleranz und Solidarität trage das Autonome Zentrum zu einer fortschrittlichen Weiterentwicklung unserer Stadtgesellschaft bei und müsse daher erhalten bleiben.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

9.2

Herr Kienitz erkundigt sich nach dem Humboldt-Park, der mithilfe von Spendengeldern aufwändig saniert wurde, der ansässige Kinderspielplatz jedoch bisher nicht. Er bittet um Auskunft, ob es hierzu bereits einen Zeitplan gebe.

Frau John teilt mit, dass die Abteilung Kinderinteressen und Jugendförderung die Sanierung inklusive Altlastenbeseitigung für Herbst 2013 plane. Dies sei nicht im Zuge der Parksanierung geschehen, da die Gelder der Grün-Stiftung ausschließlich für diesen Grünbereich vorgesehen waren.

gez. Dr. Ralf Heinen (Vorsitzender)
gez. Petra Lohmann (Schriftführerin)